

WSJ: Die Klima-Agenda geht mit einem Paukenschlag zu Ende

geschrieben von Chris Frey | 25. Juli 2021

Joseph Sternberg, The Wall Street Journal (WSJ)

Während die Kosten der Klimapolitik in die Stratosphäre schießen, kann man erneut darüber spekulieren, wie lange es dauern wird, bis die Schwerkraft wieder einsetzt.

[Hervorhebung im Original]

Wir sollten diese Woche als ein herausragendes Ereignis in den Annalen des Klimawandels betrachten. Die Europäische Union hat einen gigantischen neuen Plan zur Kontrolle der Kohlendioxidemissionen vorgestellt, während Peking ein Emissionshandelssystem einführt und Großbritannien einen Plan zur Ökologisierung des Transportwesens veröffentlicht.

Das alles geschieht in einer Zeit, in der die Klimapolitik vielerorts einen raschen und bedeutenden Wandel zu erfahren scheint – und zwar nicht in die Richtung, die sich Umweltaktivisten erhofft hatten. Um es kurz zu machen: Die Wähler haben begonnen zu bemerken, wie viel sie jeweils ausgeben müssen, um den Kohlenstoffausstoß zu reduzieren, und das gefällt ihnen nicht.

Es ist ein verblüffend breites Phänomen. Die Schweizer haben letzten Monat ein Referendum zur Einführung einer Treibstoffsteuer und einer Steuer auf Flugtickets abgelehnt. Das britische Kabinett, das am Mittwoch wichtige neue Kohlenstoffbeschränkungen für die Transportindustrie vorschlug, ist auch über zuvor angekündigte Pläne gespalten, mit Gas befeuerte Hausheizungen zu verbieten und Vermieter zu verpflichten, die Energieeffizienz in Mieteinheiten zu erhöhen.

Die EU hatte in dieser Woche noch nicht einmal ihr großes neues Klimapaket vorgestellt, bevor wütende Lobbyarbeit in Opposition zu fast allem ausbrach. Französische Beamte klingen besonders alarmiert über die Gefahr, und das ist kein Wunder. Präsident Emmanuel Macron sieht seine Agenda seit fast drei Jahren durch die Proteste der Bevölkerung gegen die Erhöhung der im Jahre 2018 eingeführten Dieselsteuer aus der Bahn geworfen.

In Japan haben die klimabegeisterten Aktionäre gerade eine (für sie) katastrophale Saison der jährlichen Aktionärsversammlungen hinter sich gebracht. Beschlüsse, die aggressive Kohlenstoffziele für Unternehmen festschreiben, wurden bei allen drei Unternehmen abgelehnt, bei denen Aktivisten sie vorgeschlagen hatten – Mitsubishi UFJ, Sumitomo und Kansai Electric Power.

Dies folgte auf die Ankündigung im April, dass der japanische Government Pension Investment Fund, der mit rund 1,6 Billionen Dollar verwaltetem Vermögen der größte der Welt ist, das trendige ESG-Investing aufgibt (ESG = environmental, social and governance). Die Strategie war ein finanzieller Verlierer, und „wir können nicht die Renditen opfern, um ökologische Namen oder ESG-Namen zu kaufen“, sagte Kenji Shiomura, Senior Director der Abteilung für Anlagestrategie des Fonds, in einem Interview mit Bloomberg. Angesichts Japans bevorstehender Schwemme an Rentnern und des Mangels an Arbeitskräften mussten die Bloomberg-Reporter zugeben, dass „Renten ein sensibleres Thema sind als der Klimawandel.“

Vor zwei Jahren sonnten sich die Grünen im Glanz von Greta Thunberg und die Aktivisten dachten, die Öffentlichkeit hätte einen Wendepunkt zugunsten von Klimaschutzmaßnahmen erreicht. Was ist passiert?

In erster Linie sind die Klimaaktivisten Opfer ihres eigenen Erfolgs. Aus einer Vielzahl von Gründen – einige sind marktbasierend und gutartig, andere regulatorisch und teuer – ist die Kohlenstoffintensität in den Industrieländern in den letzten Jahrzehnten deutlich gesunken. Nach einer Zählung emittieren die USA heute 0,28 Kilogramm Kohlendioxid für jeden Dollar des Bruttoinlandsprodukts, während es in den 1970er Jahren noch mehr als 0,8 Kilogramm waren (bei konstanten Dollars von 2010). Großbritanniens Emissionen pro Dollar des Bruttoinlandsprodukts sind im gleichen Zeitraum von über 0,6 Kilogramm auf etwa 0,13 Kilogramm gesunken, und Japans Emissionen sind von 0,36 auf 0,18 gesunken.

Dies deutet darauf hin, dass weitere Emissionssenkungen in diesen Volkswirtschaften wahrscheinlich sehr viel schwieriger und kostspieliger zu erreichen sein werden. Beachten Sie, dass es trotz phantastischer Versprechungen über die wirtschaftlichen Vorteile von Elektroautos oder grünen Arbeitsplätzen immer unzählige Billionen Dollar für vom Steuerzahler finanzierte Green New Deals und ein paar Hundert Dollar mehr auf der Heizungsrechnung Ihres Haushalts zu benötigen scheint, um von hier nach dort zu gelangen.

Dies ermutigt die westlichen Wähler nur dazu, all die anderen Teile der Welt zu bemerken, in denen die Kohlenstoffintensität noch nicht im gleichen Maße gesunken ist, wie in China, Indien und Russland, deren Kohlenstoffemissionen pro Dollar des BIP neun- bis zehnmal so hoch sind wie die der Marktwirtschaften mit den niedrigsten Emissionen.

Diese Länder müssen nur bereits existierende Kohlenstoff reduzierende Technologien importieren. Pekings neues Emissionshandelssystem ist mit ziemlicher Sicherheit ein Versuch, widerspenstige Unternehmen dazu zu zwingen, und zwar sowohl aus Gründen der allgemeinen wirtschaftlichen Effizienz als auch aus anderen Gründen. Eine solche Umstellung wird immer noch kostspielig sein und muss entweder über höhere Verbraucherpreise auf chinesische Exporte oder direkte staatliche Subventionen finanziert werden. Aber es ist mit ziemlicher Sicherheit

billiger als die derzeitigen Pläne der Industrieländer, noch ein paar Billionen Dollar für den Versuch auszugeben, eine völlig neue Wirtschaft zu erfinden, um nur marginale Emissionsreduzierungen zu erreichen.

Verlassen Sie sich nicht darauf, dass solche Realitäten auf der COP26-Konferenz in Schottland später in diesem Jahr auftauchen werden. Die zahlreichen neuen grünen Initiativen dieser Woche lassen vermuten, dass die Klima-Agenda eher mit einem Knall als mit einem Wimmern zu Ende gehen wird.

Aber während die Kosten in die Stratosphäre schießen, kann man erneut darüber spekulieren, wie lange es dauern wird, bis die Schwerkraft wieder einsetzt. An diesem Punkt wird sich der industrielle Komplex des Klimawandels einen Vorwand ausdenken, mit dem er den Sieg auf der Grundlage des bereits erreichten Fortschritts für sich beanspruchen kann – bevor irgendein anderer unglücklicher Politiker die Wähler bitten muss, Geld auszugeben, das sie einfach nicht mehr hergeben wollen.

Das ganze Op-Ed nebst Kommentaren steht [hier](#) (Zahlschranke)

Link:

<https://www.thegwpf.com/wsj-the-climate-agenda-goes-out-with-a-bang/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE